

Antrag Nr. 21-O-12-0010

SPD-Fraktion

Betreff:

Grundstück Berliner Straße 180 (SPD)

Antragstext:

1. Der Ortsbeirat Erbenheim empfiehlt dem Magistrat, das bestehende Mietverhältnis für das Grundstück Berliner Straße 180 zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.
2. Weiterhin regen wir an, den für diesen Bereich bestehenden Bebauungsplan - in Verbindung mit dem Grundstückseigentümer und dem Ortsbeirat - zu überarbeiten. Ziel sollte es sein, eine angemessene Wohnbebauung zu ermöglichen, die auch dem öffentlichen Interesse an bezahlbarem Wohnraum Rechnung trägt.

Begründung:

Das Grundstück Berliner Straße 180 wurde vor Jahren auf dem Höhepunkt der Zuwanderung für die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft mit über 400 Bewohnern angemietet. Dies erfolgte - ohne Beteiligung des Ortsbeirats - zu einem Preis, der zumindest aus heutiger Sicht deutlich überhöht anzusehen ist.

Zudem wird die Gemeinschaftsunterkunft immer weniger belegt, da sich der Nachzug von Zuwanderern spürbar verringert hat. Hinzu kommt aber auch, dass sich die Philosophie der Unterbringung (Tendenz zu kleineren, überschaubaren Wohneinheiten etc.) merklich verändert hat. Die Konflikte in und um die Einrichtung sind jedoch weitgehend geblieben.

Aus unserer Sicht ist es deshalb ernsthaft zu prüfenswert, den rechtskräftigen Bebauungsplan („1982_1 Im Herzen“) nicht mehr als Mischgebiet auszuweisen, sondern verstärkt Wohnbebauung zu ermöglichen, die auch dem öffentlichen Interesse an bezahlbarem Wohnraum gerecht wird.

Da eine Überarbeitung dieses Bebauungsplanes nach einer Stellungnahme des Stadtentwicklungsdezernats vom 17.01.2020 auch von dort angedacht wird, möchten wir mit diesem Antrag dazu ermuntern, die sicherlich nicht einfachen Gespräche mit den Betroffenen ergebnisorientiert zu führen. Bei engagierten Verhandlungen könnte sich für alle Verfahrensbeteiligte eine echte „Win-Win-Situation“ ergeben.

Eine solche Lösung erscheint uns allemal sinnvoller als die Wohnbebauung im „Hochfeld“ noch weiter zu verdichten, so wie dies nach unserer Information bei der Stadt angestrebt wird.

Wiesbaden, 03.02.2021

Reinhold
Fraktionssprecher